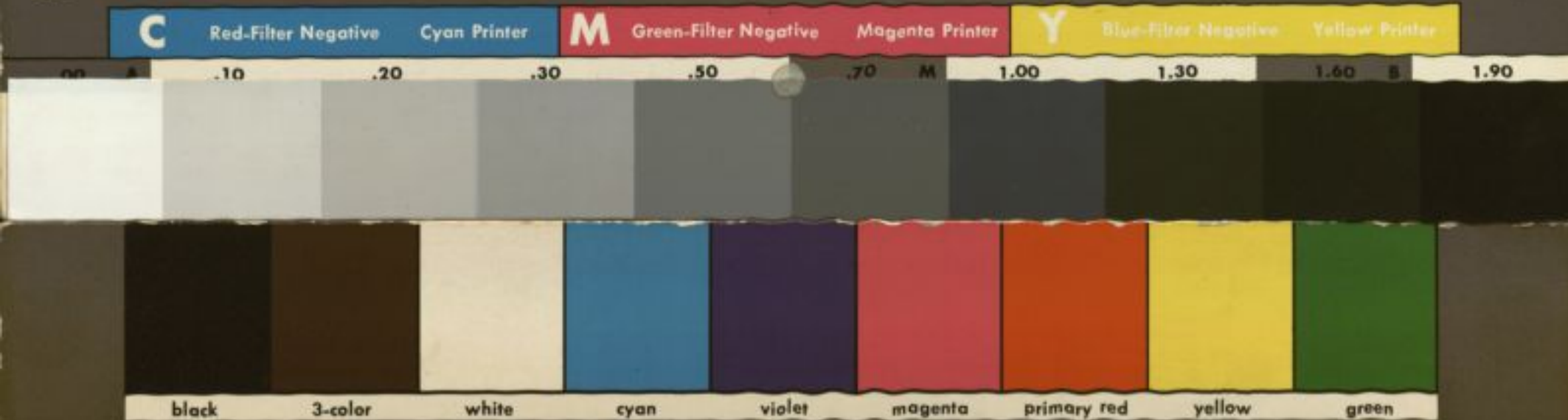


KODAK GRAY SCALE



KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

A n t w o r t

auf

die Schrift:

„Beleuchtung des amtlichen Verfahrens der
stimmführenden Mitglieder des vormaligen
herzoglichen Staatsministerii etc.“

von

G. P. von Bülow.

H e l m s t ä d t :

in der C. G. Fleckeisenschen Buchhandlung.

1831.

Die neulich unter dem Titel: Beleuchtung des amtlichen Verfahrens 2c. erschienene Druckchrift enthält, neben einem Versuche einer Widerlegung der, zu meiner Rechtfertigung in der, als Handschrift gedruckten »Verantwortung 2c.« ausgeführten Gründe, mehrere Behauptungen, welche einer Berichtigung bedürfen, damit das öffentliche Urtheil, welches einmal in dieser Angelegenheit in Anspruch genommen worden ist, auf vollständige Akten sich gründen, von möglichst aufgeklärten Thatfachen ausgehen könne. Möchten also Erörterungen über den eigentlichen Sinn der hier entscheidenden gesetzlichen Bestimmungen vielleicht ausgesetzt bleiben dürfen, bis die Frage wirklich zur Entscheidung gebracht werden soll; so forderte dennoch jene Rücksicht zu einer öffentlichen Erläuterung und Erklärung mich auf, welche hiermit dem unbefangenen Publikum vorgelegt wird.

Um den Gesichtspunkt festzustellen, aus welchem die vom Gegentheile gemachten Angaben zu betrachten sind, muß ich von der letzten derselben (Beleuchtung 2c. S. 41 ff.) ausgehen. Hier wird nämlich, nicht als ein Hörensagen oder eine Vermuthung, nein als außer Zweifel gesetzte

Thatsache angeführt: ich habe mir den Auftrag zur Unterhandlung der Zollconvention mit Hannover von 1827 verschafft, und wäre dabei an den Rath des verstorbenen Cammerraths Ribbentrop und einer aus Kaufleuten der Kaufmannschaft gebildeten Commission verwiesen worden; dennoch aber habe ich »in völliger Opposition mit den Ansichten der mir zur Seite gestellten Personen« die Convention und zwar auf eine längere Dauer abgeschlossen, als die Deputirten der Kaufmannschaft verlangt hätten. Auch solle der verstorbene Cammerrath Ribbentrop »vor Gram darüber erkrankt sein, daß seine gegen das Eingehen auf so augenscheinlich nachtheilige Bedingungen gemachten Vorstellungen unbeachtet geblieben sind.« Diese Angaben sind theils unrichtig, theils unwahr.

Der Auftrag zur Unterhandlung der erwähnten Convention wurde mir, nach dem Beschlusse des vormaligen Geheimeraths-Collegiums, also einer Behörde ertheilt, worin ich weder den Vorsitz geführt habe, noch auch, wie deren Zusammensetzung leicht einsehen läßt, einen überwiegenden Einfluß üben konnte, und worin die Handels- und Zollsachen durch den, seiner Erfahrung, Umsicht und Gründlichkeit wegen bewährten, damaligen Geheimen-Suffizrath Eschenburg bearbeitet und vorgetragen wurden. Nicht ich bin es daher, welcher solchen Auftrag sich verschafft hat, vielmehr bin ich dazu vorzüglich wegen meiner, bei Gelegenheit der mir committirten Grenzberichtigung erworbenen, Bekanntschaften in Hannover ersehen worden. Die Beiordnung eines sachkundigen Mitcommissärs und zwar in der Person des Cammerraths Ribbentrop geschah

dagegen auf meinen Antrag und auf die Erklärung, von der Lage unsers Handels ausreichende Kenntniß nicht zu besitzen. Von einer Commission aus dem Mittel der Kaufmannschaft war keine Rede, wohl aber befahl mir des Herzogs Durchlaucht, mit einigen Mitgliedern derselben, nach einer mir überlassenen Wahl, die einer technischen Erörterung bedürftig erscheinenden Punkte zu berathen. Zu einer »Opposition gegen die Ansichten dieser Männer« lag also für mich überall keine Gelegenheit vor. So wenig ich an diese Ansichten gebunden war, so vermochte ich auch nicht darüber für mich allein zu entscheiden; es ist vielmehr, wie ich bemerke und betheure, in dieser ganzen Angelegenheit kein Schritt geschehen, ohne im vormaligen Geheimeraths-Collegium, was erst am Tage der Unterschrift der Convention, am 19. Mai 1827, aufgelöst worden ist, vorgetragen und erwogen, und nach Umständen vorläufig oder nachträglich genehmigt zu sein.

Es könnte hiernach also die Behauptung auf sich beruhen bleiben, daß der Abschluß der Verhandlungen den Ansichten des Cammeraths Ribbentrop nicht entsprochen habe; allein ich versichere feierlich, daß während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen, weder hier, noch in Hannover und Hildesheim, niemals ein Meinungszwiespalt zwischen uns obgewaltet hat, daß nie ein Punkt zugestanden oder eingegangen worden ist, ohne uns zuvor darüber untereinander berathen und vereinigt zu haben, und daß namentlich vor der Vollziehung des Vertrages zu Hildesheim eine solche gemeinschaftliche Erwägung des Ganzen stattgefunden hat, welche uns Beide zu der überein-

stimmenden Ueberzeugung führte, einen wesentlichen Vortheil für dieses Land ausgewirkt zu haben und nicht mehr erlangen zu können. *)

Die Dauer der Uebereinkunft in der Convention und der Wunsch, welcher von mehreren Seiten geäußert worden, dieselbe vorerst abgekürzt zu sehen, ist keinesweges unbeachtet geblieben, sondern im Geheimerraths-Collegium gehörig erwogen und die Gründe für und wider dem Herzoge vorgetragen worden. Sr. Durchlaucht entschied aber für die ursprünglich beliebte Zeitfrist, ausdrücklich desßhalb, weil er den Vertrag für vortheilhaft erkannte und, bei der inzwischen eingetretenen Spannung mit Hannover, auf eine künftige Verlängerung der Uebereinkunft rechnen zu können bezweifelte.

Was es mit den vorgeblich »so augenscheinlich nachtheiligen Bedingungen« des Vertrages für eine Bewandniß habe, mag aus folgenden aktenmäßigen Angaben entnommen werden. Eine, vor Abschluß der Convention, vom Cammerrath Ribbentrop mir zugestellte Berechnung ergab folgendes Resultat: Die hannoversche neue Zolleinrichtung, welche auf dem Grunde ergangener königlicher Verordnungen bereits seit 1825 eingeführt gewesen und ihren Einfluß auf den hiesigen Handel geäußert gehabt,

*) Ueber den humanen Seitenblick auf die Ursach der Krankheit und also des Todes vom Cammerrath Ribbentrop bemerke ich nur: daß ich denselben, der von der Universität her mein Freund gewesen, während seiner letzten Krankheit besucht, aber nie eine, jener Angabe entsprechende, Aeußerung vernommen habe, und daß derselbe seit Jahren gekränkt und an der Wassersucht geendet hat.

von der also nicht, wie S. 39. merkwürdiger Weise geschehen ist, behauptet werden mag, sie habe in Anwendung auf hiesiges Land »selbst die Billigung des Königs von England Majestät nicht erlangen« können, hätte den Spediteuren in Hannover einen Vortheil vor den hiesigen Handlungen von 13 Rthlr. 6 Ggr. 4 Pf. auf eine Ladung, zu 20 Schiffpfund, zugewandt; diesen Vortheil aber reducire die (nachmals abgeschlossene) Uebereinkunft auf 5 Rthlr. 16 Ggr. 8 Pf. und gewähre daher dem hiesigen Speditionshandel eine Erleichterung von 7 Rthlr. 13 Ggr. 8 Pf. auf jede solche Ladung. Und in einem, an das Herzogl. Cammer-Collegium den 11. März 1828 erstatteten, Berichte führt die Zoll- und Accise-Commission an; daß der Transithandel seit der gedachten Zollconvention zwar nicht in der erwarteten Maaße sich gehoben habe, der Grund dieser Erscheinung aber in Ursachen zu finden sey, welche, unabhängig von dem Gegenstande jenes Vertrages, in Veränderungen des Handelszuges zu suchen wären, und daher den Speditionshandel zu Hannover auf gleiche Weise niederdrückten. Beweises genug, daß der Schluß trügt, welcher das Sinken unsres Handels jener Convention beimißt! Endlich darf nicht übersehen werden, daß die Bestimmungen des Vertrages, soweit sie die sogenannte Ammenserstraße, über die Hube, betreffen, keine neue Erleichterung für Hannover, sondern nur Modificationen einer, darüber bereits auf noch mehrere Jahre eingegangenen, Verpflichtung bezweckten, hierin also keine Concessionen anzunehmen sind, welche mit den übrigen Punkten gleichsam balancirt werden könnten. Uebrigens

beziehe ich mich auf die Ausführung in meiner Verantwortung 2c. S. 18 ff.

Wie der Verfasser der Beleuchtung einer solchen Entstellung des wahren Hergangs und der Sachverhältnisse sich hat schuldig machen dürfen, welcher kein Beweggrund als die Absicht untergelegt werden zu können scheint, auf Kosten der Humanität in den Augen Nichtunterrichteter mich herabzuwürdigen, indem eine etwa erhaltene unrichtige Angabe da, wo von so schweren Bezüchtigungen die Rede ist, nicht ohne Prüfung hätte aufgenommen und Namens der landschaftlichen Ausschüsse an unsern gnädigsten Landesfürsten Durchl. vorgebracht werden sollen, möchte nicht zu erklären sein, wenn nicht der ganze Ton der Schrift auf eine Stimmung hindeutete, die klarlich darlegt, was von der Behauptung (S. 5.) zu halten ist, ohne Leidenschaftlichkeit bloß dem Gebote der Pflicht gefolgt zu sein. Meine Mitsände und Leser werden diese Handlungsweise zu würdigen und, inwiefern den übrigen thatsächlichen Angaben unbedingt zu trauen sei, hiernach abzunehmen wissen.

Ich wende mich jetzt zu der Einleitung der Beleuchtung, welche gegen meine letzte Schrift: mein Verhältniß 2c., gerichtet ist. Auch hier stößt man auf fast so viele Entstellungen und unrichtige Behauptungen, als Worte. Der Leser urtheile.

Nach S. 3 u. 4. soll ich mich einer kräftigen und erfolgreichen Unterstützung der auf Schmälerung der ältern Privilegien gerichteten landesfürstlichen Propositionen be-

rihmt haben, und dieses den Märchen beizuzählen, auch »Seitens der Regierung ein Aufgeben der Privilegien der Ritter nicht zum Antrage gekommen« sein. Darf man hier seinen Augen trauen! Sind denn Steuerfreiheit der Prälaten und Ritterschaft, der privilegierte Gerichtsstand und die Patrimonialgerichtsbarkeit nicht und, zwar auf landesfürstliche Propositionen, aufgehoben? Ist nicht in einer eigenen Proposition die Abstellung aller Privilegien zur Sprache gebracht? Muß der Verfasser einer, Namens der landschaftlichen Ausschüsse erlassenen, Schrift auf die Art. 8, 10, 20 u. 37 des neuesten Landtagsabschiedes verwiesen, und auf die Protokolle aufmerksam gemacht werden, welche z. B. über die mehrtägigen Conferenzen zwischen Deputirten beider Sectionen der Landschaft, wegen Herstellung oder endlichen Abschaffung des privilegierten Gerichtsstandes u. s. w. aufgenommen sein müssen? Von meiner Theilnahme an diesen Verhandlungen werden diese Protokolle und können muthmaasslich diejenigen beiden Mitglieder der Ausschüsse, welche eben als Deputirte der ersten Section jenen Conferenzen beigewohnt haben, Zeugniß geben. Daß ich aber einer besonders ausgezeichneten Unterstützung jener Propositionen durch mich sollte gedacht haben, finde ich in meinem Aufsatze nicht, und fragt sich also, von welcher Seite hier Märchen vorgebracht worden sind; sollte nicht die Antwort auf diese Frage in demjenigen bereits enthalten sein, was oben zu S. 40 ff. der Beleuchtung bemerkt worden ist.

Von einem Plane der Ritterschaft, die Privilegien von 1770 wieder zu erlangen, wie von mir behauptet zu

sein S. 3 u. 4. angegeben wird, ist in meiner Schrift nicht ein Wort gesagt; wer deren betreffende Stelle, S. 13., vergleichen will, wird finden, daß ich nur eines Projekts, nicht der Ritterschaft, sondern »einiger Mitglieder der Landschaft« und zwar, nicht auf Wiedererlangung der Privilegien von 1770, vielmehr »auf Abänderung der Landschaftsordnung« gerichtet, erwähnt habe. Also hier abermals zeigt unser Verfasser eine zu freigebige Phantasie, und hätte, bei gehöriger Durchsicht des Gegenstandes seiner Critik, die Verweisung auf meine Theilnahme an den Berathungen der Landschaft, so wie den Abdruck der Beilagen 1. u. 2. füglich sparen können.

Ob die beiden in meiner letzten Schrift erwähnten Briefe irrig von mir gedeutet sind, wie S. 4. der Beleuchtung vermeint werden will, möchte nach den vorstehenden Bemerkungen am wenigsten der Beurtheilung des Verfassers der Beleuchtung zu überlassen sein, wie sie denn, als vertrauliche Mittheilungen und gleich damals durch meine Beantwortungen erledigt, zu einer Bekanntmachung nicht geeignet sind. Auch ist meine Auslegung jener Briefe wenig erheblich, da derselben nur beiläufig und als der Quelle einer Vermuthung gedacht worden ist, welche später sich mir aufgedrungen hat, weil ich die gemachten Erfahrungen nicht anders zu erklären gewußt habe. (S. mein Verhältniß S. 32.) Es ist auf ihren Inhalt überall keine Behauptung, kein Vorwurf gegen irgend Jemanden gegründet, derselbe vielmehr nur als eine motivirte Vorstellung bezeichnet, um mich zur Aenderung meines Benehmens in gewisser Beziehung zu bestimmen,

eine Absicht, welche den Umständen nach auch aus wahrer Wohlmeinung entsprungen sein kann.

Hiermit mag zugleich dasjenige, was im Eingange des mitgetheilten Berichts der landschaftlichen Ausschüsse an des Herzogs Durchlaucht (S. 6 — 9.) gegen meine letzte Druckschrift gesagt ist, seine Erwiderung erhalten. Wie in jener Einleitung wird auch hier ein Angriff auf ganze Classen der Stände gleichsam eingeschoben, da ich doch bloß von »einem Theile der Ritterschaft,« von »einzelnen Mitgliedern dieser Körperschaft« (S. 11 u. 32 a. a. D.) und zwar auch von diesen ohne irgend einen Vorwurf geredet, ja gegen die landschaftlichen Ausschüsse, und auch dieses nicht ohne mehrfache Ausnahmen, allein die Beschwerde eines uncollegialischen Verfahrens gegen mich (S. 15 ff. a. a. D.) aufgestellt habe, auch fortwährend des Glücks genieße, wie unter den Ständen überhaupt, so besonders unter der Ritterschaft eine bedeutende Zahl mir unverändert befreundet verbliebener Männer rechnen und ehren zu dürfen. Nirgend findet sich in meinem Aufsatze die Beschuldigung »einer Reaction gegen liberale Ansichten,« wie die Berichterstatter in denselben (S. 9.) legen möchten; denn ein mit patriotischer Bereitwilligkeit geschehenes Aufgeben historisch begründeter Rechte, wie auf dem vorigen Landtage allerdings stattgefunden hat, setzt keine bloß passive Nachgiebigkeit voraus und verträgt sich vielmehr so gut mit einer vorsichtigen Erörterung der Umstände und Bedingungen, daß es eben hierdurch erst den eigentlichen Werth erhält. Wo aber Discussionen statt gefunden, kann sich Meinungsverschiedenheit ausge-

prochen haben, und nur auf eine solche ist von mir hingedeutet worden. Welcher Kenner des menschlichen Herzens möchte aber leugnen, daß hieraus eine Spannung, ja selbst eine gewisse Abneigung erwachsen könne, und ein Mehreres ist von mir nicht, und zwar nicht behauptet, sondern vermuthet worden.

Ueber die Liberalität der auf jenem Landtage von mir geäußerten Ansichten, wovon den Mitgliedern der Ausschüsse nach S. 9. nichts bekannt geworden, muß ich das Urtheil denjenigen meiner Mitstände überlassen, deren Gedächtniß bis in jene Zeit zurückreicht, und erlaube mir nur beispieisweise auf die Discussionen hinzuweisen, welche in der allerersten Sitzung über die Frage: ob nach Kopfszahl oder nach den damals noch bestehenden Curien zu stimmen sei? und später über Gemeindeverwaltung, das Kirchenpatronat der Prälatur, die Patrimonialgerichtsbarkeit und den privilegirten Gerichtsstand statt gefunden haben. Ob nach dieser Erläuterung noch »Ausfälle auf einzelne Mitglieder der Landschaft und ganze Classen der Stände von mir gemacht sind,« wie S. 8. behauptet wird, bleibe dem Ausspruche des unparteiischen Publikums überlassen. Sollte dergleichen wirklich mir beigemessen werden können, wie ich bezweifle, so bin ich überzeugt, hierin weit dem Gegentheile nachzustehen, und bei erlittenen unstreitigen Injurien, nach eingetretener Compensation, immer, eines reichlichen Ueberschusses wegen, rechtliche Zuständigkeiten mir vorzubehalten die Veranlassung erhalten zu haben.

Die hierauf folgende Ausführung gegen den Ausdruck »Zurechtweisung« (S. 9 ff.) ist durch einen, bei der Cor-

rectur übersehenen Druckfehler veranlaßt. In der Handschrift, deren Identität durch das Imprimatur des Censors beglaubigt ist, heißt es: Zurückweisung, und so gewinnt die Stelle den bezweckten Sinn. Hat, wollte ich mit andern Worten sagen, daß herzogliche Staatsministerium die Denunciation zurück und an den Landtag gewiesen, so ist damit ausgesprochen, daß dieselbe nicht gehörig begründet sei; weil, im Falle einer gehörigen Begründung der Denunciation, dieselbe dem Richter zur Untersuchung auch dann würde haben überwiesen werden können, wenn gleich das Mandat des Denuncianten unterschritten sein sollte.

Die rechtliche Erörterung der über die Denunciation aufgeworfenen Streitfrage zerfällt in der Beleuchtung in zwei Hauptabtheilungen, der Untersuchung über die Natur und Wirkungen der Contrasignatur (S. 11 — 19.), und über die einzelnen, mir zum Vorwurfe gemachten Punkte (S. 20 ff.).

Der Bericht hat sich, in Beziehung auf den ersten Gegenstand, die Sache sehr leicht gemacht. Wenn meine Verantwortung, S. 34 ff., neben der Natur jeder Unterschrift, besonders aus der Organisation der obersten Staatsbehörde dieses Landes und dem dabei seit langen Jahren beobachteten Geschäftsgange, den Standpunkt entwickelt und feststellt, von welchem die Gesetzgebung bei dem §. 32. der Landschaftsordnung ausgegangen ist und hierdurch denselben erläutert; so wird hier, ohne jene Ausführung zu

berücksichtigen, noch weniger zu widerlegen, bloß aus allgemeinen Principien deducirt und übersehen, daß diese nur in Ermangelung oder zur Ergänzung positiver Bestimmungen in Anwendung kommen können. Wenn dort von mir gezeigt ist, daß diese Stelle des neuen Verfassungsgesetzes nur ausgesprochen, was längst bestanden, und bloß bezweckt hat, diesem Hergebrachten damit eine genauere Befolgung zuzusichern; daß ferner eine Verantwortlichkeit, in erweitertem und den Grundsätzen der neuesten Staatsformen entsprechendem Sinne, den Ministern hierdurch nicht auferlegt worden ist, indem die Stellung derselben zu dem Landesfürsten sich unverändert gelassen befindet; so bringt man doch diesen neuen, vor Kurzem noch allen deutschen Verfassungen völlig fremden Begriff hier in Anwendung und folgert, unjuristisch, es müsse die Verantwortlichkeit der Minister in jenem §. 32. begründet sein, weil sonst die Contrasignatur keinen Nutzen bringen würde. Selbst diese letzte Behauptung ist unrichtig und durch den gedachten Paragraphen selbst widerlegt, der ausdrücklich den Zweck der Bestimmung angiebt. Allein wie kann, bei Auslegung vorhandener Gesetze überhaupt von der Voraussetzung ausgegangen werden, es habe der Gesetzgeber vor Augen gehabt, was die Folgezeit erst als nöthig erkannt hat, und dasjenige Alles umfassen wollen, was zur Vollständigkeit der Verordnung nach späterem Befinden wünschenswerth erscheint? Wie darf hier ein solcher Sinn jener Gesetzstelle beigelegt werden, wo es an den übrigen Bedingungen jener Verantwortlichkeit fehlt, die Verwaltungszweige nicht so, wie dazu erforderlich, un-

ter den Ministern geschieden sind, und die Ausfertigung auf Specialbefehl durch das gesammte Ministerium besteht, mit dieser aber die besondere Verpflichtung des Departementsministers aus seiner Unterschrift unvereinbarlich, oder leicht zu umgehen ist, weil bei dieser Art der Ausfertigung nicht nothwendig jeder, und nicht einmal unbedingt derjenige der Minister zu unterschreiben hat, zu dessen Departement die Sache gehört? Die Gründe, welche hier der Bericht entwickelt, vermögen also nur das Bedürfniß einer neuen Gesetzgebung darzuthun, nicht aber in die jetzt bestehende, zur Ergänzung darin befundener Mängel, Bestimmungen zu übertragen, noch weniger endlich Normen aufzustellen, um Handlungen als strafbar zu richten, welche nach einer seit Menschenaltern befolgten Auslegung statt gefunden haben. Erwägt man zugleich, was in meiner Verantwortung ausgeführt, aber im vorliegenden Berichte unberührt, also ohne Widerlegung geblieben ist, daß nach dem eingeführten Geschäftsgange, dem ursprünglichen Zwecke der Unterschriften gemäß, die Contrasignatur und die Unterschrift auf Befehl nur die Bescheinigung darüber enthalte, daß die Sache auf gehörigen Vortrag in der ausgefertigten Maasse vom Herzoge beschlossen sei, hieraus aber ein entscheidender Unterschied zwischen solcher Ausfertigung und einer eigentlichen Befolgung fürstlicher Befehle sich ergebe, daher die Grundsätze von der Wirkung eines Auftrages zu Gesetzwidrigkeiten hier nicht in Anwendung kommen können; wird nicht übersehen, daß dieses besonders in Beziehung auf die mir zum Vorwurf gemachten Unterschriften gelten müsse, weil in keinem dieser

Fälle, so weit mir erinnerlich, eine wirkliche Contrasignatur, sondern nur Mitunterschrift auf Specialbefehl statt gefunden hat, die Verweigerung meiner Unterschrift also überall gar keinen Einfluß gehabt, den Fortgang der Sache nicht einmal so lange gehemmt haben würde, bis etwa ein Anderer an meine Stelle hätte bestellt werden können, weil es an der Unterschrift meines Collegen genügt haben würde; beachtet man endlich, daß alle diese Fälle meinem Geschäftsdepartemente entzogen waren, oder gar nicht dazu gehört haben, im Ministerium durchaus nicht zur Sprache gekommen, also mit mir gar nicht erwogen sind, ich aber bei meiner eigenthümlichen Stellung kein Recht und keine Verpflichtung hatte, eine Concurrenz bei deren Berathung in Anspruch zu nehmen, sie vielmehr sämmtlich, als zu einem mir fremden Ministerialdepartemente gehörig, betrachten mußte; so werden, glaube ich, nicht bloß der Brieffsteller in Anlage Nr. 5. allein, sondern alle unbefangenen Sachverständigen die daselbst ausgedrückten Fragen aufwerfen und für mich beantworten müssen.

Die in der Beleuchtung (S. 16 — 20.) angeführten Äußerungen einiger Schriftsteller ergeben dagegen nichts, da auch sie nur von Grundsätzen reden, welche bloß in Ermangelung besonderer Bestimmungen zu gelten vermögen und wirkliche Handlungen wider die Verfassung vor Augen haben; überdem geht Klüber a. a. D. ausdrücklich von der bei uns bis jetzt nicht eintretenden Voraussetzung aus, daß »die Staatsgrundverfassung die Gültigkeit der Regentenhandlungen abhängig macht, von der Unterschrift (NB.) bestimmter Staatsdiener und diesen Pflicht-

widrige Unterlassungen zurechnet.« Wohl aber darf hier die Mittheilung eines bewährten Rechtsgelehrten, der durch vormalige Staatsdienste eine genaue Kenntniß der Verfassung und Geschäftsordnung in unserm Vaterlande erworben hat und alle Erfordernisse vereinigt, um darüber ein kompetentes Urtheil fällen zu können, eine Stelle finden. »Wenn jetzt,« heißt es in einem unter den 30sten Juli 1831 an mich gerichteten Schreiben dieses Mannes, »aus Ihrer Contrasignatur oder Ihrer Unterschrift ad Mandatum speciale auf eine Theilnahme an verfassungswidrigen Beschlüssen oder Billigung von Gewaltstreichern geschlossen werden sollte, so scheint dabei offenbar der Begriff der Verantwortlichkeit der Minister in den neuern repräsentativen Verfassungen gegen andere, als ihren Landesherrn, wonach die Contrasignatur einen ganz andern Charakter annimmt vorgeschwebt zu haben. Ew. rc. haben dagegen den Zweck und die Bedeutung der Contrasignatur in unsern rein monarchischen, wenn auch beschränkten Verfassungen in Ihrer Vertheidigung, die ich mit Vergnügen gelesen, sehr richtig aus einander gesetzt, in Uebereinstimmung mit dem, was schon der Geheime Justiz-Rath Pütter in wenigen Worten in seiner juristischen Praxis 2r Th. §. 138. S. 141. davon lehrt. Wie hätte wohl sonst unter unserm großen und unvergeßlichen Herzog Carl Wilhelm Ferdinand, nach des wohlseel. Geheime-Raths von Praun (des ältern) Tode im Jahre 1786, da das Justiz-Ministerium bis 1790 unbesezt blieb, und der wohlseel. nachherige Geheime Rath Mahner das Referat in Justizsachen als Geheimer-Secretair führte, der

Geheimer Rath von Münchhausen, so wie es wirklich geschah, die Justizsachen contrasigniren können?*) Unsere Fürsten waren damals selbst verantwortlich; und wer kann es ableugnen, daß sie es, nach den terminis der Bundes-Acte, auch noch jetzt sind; wie dieses das Beispiel des Herzogs Carl zur allgemeinen Warnung gelehrt hat.« Die hier angezogene Stelle aus Pütter's jurist. Praxis ist folgende: »§. 138. In den meisten Ausfertigungen sowohl großer Herrn, als obrigkeitlicher corporum und collegiorum ist heutiges Tages fast durchgängig, nebst der Hauptunterschrift die sogenannte Contrasignatur eines Ministers oder Raths, auch wohl des Secretairs oder Kanzlisten, der die Ausfertigung besorgt, gewöhnlich, damit man gegen erschlichene Unterschriften desto gesicherter sey. Solche Contrasignaturen geschehen desswegen gemeinlich vor der Hauptunterschrift, für welche der nöthige Platz dabei gelassen wird.« Die Anwendung dieser Ausführungen wird einem Jeden einleuchten, ohne daß es einer weitem Erläuterung bedürfte, und so könnte dann die Ergänzung meiner Verantwortung, soweit die »Beleuchtung ic.« dazu mir Veranlassung darbietet, hiermit geschlossen werden. Denn die daselbst, S. 20. folg. auf-

*) Der gedachte Geheimer Rath von Münchhausen hatte nämlich überall nicht studirt, am wenigsten sich juridische Kenntnisse erworben, war in seiner Jugend Officier gewesen und erst in Hofdienste, von da aber endlich in das Ministerium getreten, wo Polizei und städtische Angelegenheiten zu seinem Departemente gehörten. Daß er juristische Fälle bloß in Beziehung auf Bedingungen und Fassung der Ausfertigungen zu beurtheilen vermocht haben konnte, weiter aber dafür nicht hat verantwortlich sein sollen und mögen, folgt von selbst.

gezählten angeblichen Vergehen sind nur durch die Unterschrift von, auf herzoglichen Specialbefehl ergangenen, Ausfertigungen begangen worden, und können Verbrechen, wie der Verfasser vorschneilt, und ohne einen andern denkbaren Zweck, als mir zu schaden oder mich zu kränken, sie zu bezeichnen sich erlaubt, einzig dann bilden, wenn zuvor über die Natur jener Unterschrift wider meine Ausführung entschieden seyn wird. Diesen Fall glaube, ich nicht befürchten zu dürfen, habe aber selbst für denselben in meiner Verantwortung die sodann eintretenden Grundsätze zu entwickeln gesucht. Einiges mag jedoch hier noch gegen die »Beleuchtung u.« seinen Platz finden.

In Beziehung auf die, mir vorgeworfene Verletzung des Edicts vom 12ten Mai 1794 wird (S. 24 — 29.) auf die schon mehrfach nachgewiesene Weise, nämlich mit Umgehung oder Entstellung der von mir ausgeführten Gründe verfahren; ich muß also und darf mich getrost auf meine Verantwortung, S. 24 — 30, beziehen. Von den, S. 23 — 35 der »Beleuchtung u.« aufgestellten Vorwürfen gilt ein Gleiches, jedoch mit dem Unterschiede, daß sie zugleich in meiner früher erwähnten letzten Schrift, »mein Verhältniß u.« zum voraus erörtert und widerlegt worden sind. Ganz unbedenklich konnte ich »den Posten eines landschaftlichen Steuerraths, auch in Hinsicht auf die Gehaltsbeziehung ferner festhalten,« denn ich durfte und mußte dem Erlasse der Ausschüsse vom 1sten Juli 1829 den darin klar ausgesprochenen Sinn unterlegen und die Frist für vertagt annehmen, bis zu deren Ablauf der versprochene Schritt sollte ausgeführt bleiben können. Eine Auslegung,

welcher selbst die Mitglieder des engern Ausschusses früher ihre Beistimmung nicht versagt haben, da ich später als Steuerrath wieder in volle Thätigkeit getreten und ohne Widerrede zugelassen bin. Ich verweise hierüber auf »mein Verhältniß ic.« S. 15 — 23 und überlasse der Beurtheilung unbefangener Leser, zu entscheiden, ob ich unlogisch und rechtwidrig, wie die Note S. 34 der Beleuchtung ic. behauptet, geschlossen und gehandelt habe. Wie konnte es mir einfallen, wie mir zugemuthet worden, meinen Posten als Steuerrath aufzugeben, in dem Augenblicke, wo die landschaftlichen Ausschüsse zur Entscheidung der gesammten Landschaft die Hülfsleistung verstellten, welche ich mir erbeten hatte, eben um mit Zurückschreiten aus dem herzoglichen Staatsministerium meine beiden Stellen in der Cammer und im engern Ausschusse verbunden beibehalten zu können? Wie durfte ich eines solchen Einwurfs, zumal von den Ausschüssen, je gewärtig seyn, da eben dieselben in dem erwähnten Erlasse für angemessen zu erklären sich veranlaßt geglaubt hatten, daß ich »bis zur definitiven Regulirung dieser Angelegenheit« der Theilnahme an den Geschäften eines landschaftlichen Steuerraths mich enthalten möge, die vorläufige Beibehaltung dieser Stelle also damit für unbedenklich anerkannt haben? Meine Lage war damals folgende: die Stelle im Staatsministerium wünschte ich, wie mehrfach von mir erklärt worden war, aufgeben zu dürfen, es trat dem aber das Verbot des Herzogs entgegen (s. mein Verhältniß ic., S. 14 folg.); um ganz aus allen hiesigen Dienstverhältnissen zu treten, schienen mir genügende Veranlassungen nicht vor-

zuliegen (s. ebendaselbst S. 29 — 31.); und um mich auf eine meiner beiden Stellen, die andern aufgebend, zu beschränken, hätte ich daran den Umständen nach auch denken können, so lange die Aussicht beide vereinigt behalten zu dürfen, mir geöffnet verblieb, fehlt es an der dazu erforderlichen Garantie, indem des Herzogs entschiedene Ungnade mir meine Stellung im landesfürstlichen Dienste unsicher, die Art der Behandlung aber, welche ich in den landschaftlichen Ausschüssen im Jahre 1829 erfahren hatte (s. mein Verhältniß ic. S. 15 folg.), es wenig wünschenswerth mir darstellte, durch meinen Zurücktritt auch aus der Cammer den Herzog noch mehr zu erbittern und auf Verhältnisse mich zu beschränken, in denen ich auf freundliche Beziehungen rechnen zu können zweifeln zu müssen glaubte. Diese Gründe bestimmten mich, von den Schritten, welche die Landschaft in Frankfurt gethan und von deren Erfolg damals das ganze Land Hülfe erwartete, auch für mich eine schützende Veränderung zu gewärtigen.

Um meine Vertheidigung vollenden zu können, bedarf es einer Beziehung auf meine Dienstcorrespondenz mit des Herzogs Carl Durchl., da sich daraus ergeben muß, daß ich bei jedem, mir zeitig bekannt gewordenen Vorschritte, welcher mir als bedenklich erschien, auch dann Vorstellungen gemacht habe, wenn der Gegenstand nicht eigentlich den mir angewiesenen Geschäftskreis betroffen hat, und daß mich dabei kein anderes Gefühl, als das der Pflichterfüllung gegen Fürst und Vaterland geleitet, keine Furcht, wie keine Berechnung eignen Vortheils zurückgehalten oder nur die Kraft der Darstellung meiner

Gründe irgend geschwächt hat, ich vielmehr eben dadurch den Unwillen des Fürsten mir zugezogen habe, ohne dennoch vor demselben zurückgetreten zu seyn. Nun sind aber die mehrsten dieser Vorstellungen in Briefform, ohne Zurückbehaltung eines Entwurfs ergangen und würde der, aus dem Schloßbrande entstandene Verluste der herzoglichen Cabinetsregistratur auch für mich ein Unglück bereitet haben, wäre es nicht verlaublich, daß mehrere Scripturen aus dieser auf irgend einem Wege geborgen sich finden. Obwohl es nun schon für mich zeugt, daß der dem Berichte in der »Beleuchtung ic.« beigefügte Anhang kein einziges mir nachtheiliges Blättchen aus jener Correspondenz mittheilt, indem dessen Bekanntmachung mir sicher nicht geschenkt seyn würde, hätte man irgend dergleichen aufgefunden; so gewährt dieser Umstand doch nur einen negativen Beweis, und kann der Antrag, den ich für den äußersten Fall hier vorbehalten muß, mir weder verdacht noch verweigert werden, eine gegen mich versügte Untersuchung, zu meiner Bertheidigung, zugleich auf die Erforschung der nähern Umstände erstreckt zu sehen, unter welchen Briefschaften des Herzogs Carl aus dem Schloßbrande geborgen worden, und bis zu welchem Umfange solches geschehen ist.

Schließlich muß ich noch einen Punkt der »Beleuchtung ic.« erwiedern, den ich gern unberührt ließ, weil dieses nicht ohne den Schein eines Eigenlobes geschehen kann; allein die feindselige Unart des Gegentheils zwingt mich hierzu, indem wiederholt gesprochen worden ist, von lauten Tadel meines Dienstverfahrens, von deshalb mir ent-

zogener Achtung u. d. m., *) und dann die Achtung meiner Feinde zwar mir ziemlich gleichgültig, diejenige meiner Mitbürger aber hochwichtig ist. Für diese theile ich daher in den Anlagen Auszüge von Briefen mit, welche von bedeutenden, in hohen Posten stehenden Männern an Bekannte von mir und mich selbst geschrieben sind. Die Richtigkeit der Auszüge und dieser Angabe betheuere ich hiermit, wenn gleich ich die Namen der Briefsteller hier verschweigen muß; doch würde ich unter Umständen auch diese eröffnen können. Dem Ausspruche dieser Briefe stimmen eine große Zahl meiner Mitbürger hier und anderer Orten des Landes bei, und so darf ich erklären, mit dem erworbenen und aus dem Sturme der Zeit geborgenen Antheile an öffentlicher Achtung, als mit einer auskömmlichen Competenz, völlig befriedigt mich zu fühlen, auch dabei keine Spur des Neides über das Maaß an solcher Schätzung zu empfinden, welche den Berichterstattern und dem Verfasser der Beleuchtung zu Theil werden mag.

*) Wenn S. 35. angeführt wird, des Herzogs Carl Zumuthungen an mich hätten sich stets gesteigert, so bedarf das weiter keiner Beantwortung, da meine Darlegung der eigentlichen Natur der Ministerialunterschrift nach bisheriger Verfassung den Begriff von Zumuthungen ausschließt.

U n t e r l a g e n.

1.

Auszug aus einem Schreiben an mich, Berlin den 25sten November 1830.

»Sie (es ist die Rede von meiner »officiellen Lage unter der Regierung des Herzogs Carl«) war in der That einzig schwierig, so einzig, wie der Herzog selbst es war. Desto ehrenvoller ist es aber für Erw., in dieser Stellung sich so behauptet und die allgemeine Achtung und das allgemeine Vertrauen sich erworben zu haben. Es herrscht darüber, so weit ich Deutschland kenne, nur eine ehrende Stimme und Anerkennung, da Jeder die Hindernisse kennt, welche Erw. sich so mannigfaltig entgegen stellten und Jeder den Muth und die Kraft zu würdigen versteht, welche zu Durchführung Ihrer Stellung in Anspruch genommen werden mußten. Nur da, wo Leidenschaften vorherrschen und den unbefangenen Blick hindern, kann wohl nur eine andre Ansicht herrschen, die aber eben so ephemere seyn wird, wie jene Leidenschaften selbst.«

2.

Auszug eines Schreibens von einem Freunde im Hannoverischen, den ich gebeten hatte, über das Urtheil des dortigen Publikums, meine Dienstführung betreffend, Erkundigung einzuziehen, vom 21sten Februar 1831.

»Das — (Erhaltene*) beeile ich mich, — Dir vorzulegen und daneben zu versichern, daß, nach der bei N. eingezogenen

*) s. Anlage 3.

Erkundigung, die allgemeine Stimme entschieden auf Deiner Seite ist.“

3.

Auszug eines Schreibens vom 19ten Februar 1831 an einen meiner Freunde im Hannoverschen, von einem ausgezeichneten Gelehrten und Staatsdiener.

„Der Herr Cammerdirector von Bülow gehört zu den Männern, welchen Jeder wegen seiner gelehrten und praktischen Kenntnisse, wegen seines Geschäftstaktes und seiner hohen Rectlichkeit vorzüglich schätzen muß.

Dieses Urtheil kann durch dessen Stellung in der Braunschweigschen Verwaltung in den lezttern Jahren nicht verändert werden. Wenigstens habe ich in der Zeit, wie ich Nachbar von Braunschweig war, im Allgemeinen nur Stimmen zu Bülow's Lobe gehört und, wie des Herzogs Eigenmacht immer größer wurde, sagte wohl Dieser oder Jener, wie er nicht begreifen könne, warum nicht ein Mann von Bülow's Schrot und Korn resignire und seinen hohen Posten Andern überlasse.

Der Regel nach bin ich gegen alle Rechtfertigungsschriften und ich selbst habe vor 17 Jahren nach dieser Maxime gehandelt. Aber es ist ein Unterschied zwischen einem memoire justificatif und einem compte rendu einer Administration. Wenn ich mich in Bülow's Stelle versetzte, so würde ich eine kurze, recht gediegene Schrift der ersten Art drucken lassen. — Eine solche kleine, mit Ruhe und Würde geschriebene, Schrift dürfte jeden übeln Eindruck, welcher in der lezten Zeit entstanden seyn könnte, verwischen und alle Verläumdungen, welche in Braunschweig und Hannover statt gefunden haben möchten, niederschlagen. Vielleicht könnte sie auch dazu dienen, verdienstlosen Männern, welche sich jetzt empor zu schwingen suchen, das Spiel zu verderben.

4.

Aus einem Schreiben eines Freundes im Hannoverischen,
vom 26sten April 1831, welchem meine Verantwor-
tung mitgetheilt war.

„— ich hätte in einer ganz absonderlichen Beziehung sehr gewünscht, daß Du mit Deiner Vertheidigung Dich nicht selbst möchtest befaßt haben. Diese Beziehung liegt in dem gerechten Verlangen, daß Deine persönlichen und Dienstverhältnisse mit Lauterkeit und Vollständigkeit berührt wären, wie dieses doch durch Dich als Selbstvertheidiger nicht füglich hat geschehen können, oder im Gefühle eines gerechten Selbstbewußtseyns nicht hat geschehen wollen. Die Folge davon ist, daß wenigstens ein auswärtiger Leser, ja selbst vielleicht der junge — Serenissimus nicht genugsam belehrt werden mag, wie redlich, wie emsig und wie erfolgreich Du seit einer Verjährungszeit dem Staate Deine Kräfte gewidmet, noch wie Du als warmer Vaterlandsfreund Dich ausgezeichnet hast.“

5.

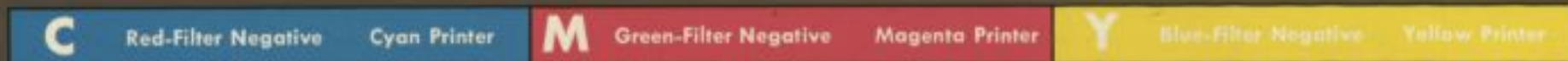
Auszug aus einem Schreiben eines Preussischen Staatsdieners an einen Dritten.

„Ich habe sie (d. h. meine Verantwortung) aufmerksam durchgelesen, und nun die Ansicht bestätigt gefunden, welche ich schon früher hatte, nämlich daß nur — Leidenschaftlichkeit, verbunden mit einer auffallenden Unkunde der Verhältnisse der Staatsdiener, den Antrag veranlaßt haben kann, den Herrn von Bülow in Anklagestand zu versetzen. Wenn in einem Staate nicht die Verantwortlichkeit der Minister verfassungsmäßig feststehet und wenn die Minister gar nicht die Macht haben, den Willen des Staats-Oberhauptes, durch Verweigerung der Contrasignatur oder sonst zu hemmen, welcher Vernünftige würde sie für dasjenige, was wider ihren Willen geschah, und was

sie nicht hindern konnten, verantwortlich machen wollen? Welcher Richter würde einen Staatsdiener strafbar finden, der die Befehle seiner Vorgesetzten vollzog, gesetzt auch diese Befehle wären verfassungswidrig und ungerecht gewesen, so lange der Staatsvertrag nicht den Fall festsetzt, in denen es Pflicht der Beamten ist, die Befehle der Vorgesetzten, selbst des Staatsoberhaupt's unbeachtet zu lassen? — Nicht was B. als Mitglied des Ministerii gethan oder nicht gethan, unterzeichnet oder nicht unterzeichnet, klagt ihn an. Der einzige Vorwurf, der ihn nach meiner Ansicht trifft, ist der, das Ministerielle Portefeuille nicht früher zurückgegeben zu haben. Indes ist das mehr Sache des individuellen Gefühls; der Richter kann darüber nicht entscheiden.

— Hoffentlich wird man doch B. ungekränkt in der Stelle als Cammerdirector gelassen haben. Es wäre ein Verlust für die Verwaltung, wenn er sich zurückzöge; ich glaube, daß sein Verlust gar nicht ersetzt werden könnte.«

KODAK GRAY SCALE



KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.